

-ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 13 – 1.8. 2010

im juli nur 4% windkraft-effizienz + mappus-kritik an röttgen + brok versus polenz + weizsäcker lobt merkel + merkel-gegner debattieren "partei-gründung rechts von der cdu" + polen kritieren gründlich die ostpolitik von willy brandt und helmut schmidt ++ schweden erweitert nuklear-endlager

Türkei nun doch in die EU? Debatte zwischen Brok und Polenz

Berliner Partei-Meinungen zum Beitritt der Türken sind weit von den Wählern entfernt

Die vom Bundestag herausgegebene Wochenzeitung "Das Parlament" (26.7.2010) hat **Ruprecht Polenz**, CDU-MdB und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, mit **Elmar Brok**, CDU-MdEP und Koordinator der christdemokratischen Europäischen Volkspartei, über den Stand der Türkei-Verhandlungen der Brüsseler Kommission befragt. Polenz ist seit Jahren für den Türkei-Beitritt, schrieb dazu Bücher und hat mächtige Freunde wie **Hans-Dietrich Genscher**, aber auch Gegner, z.B. die gesamte CSU und eine deutliche CDU-Mehrheit. Brok weiß, dass es im Europäischen Parlament verschiedene Meinungen gibt, aber auch, dass der Beitritt allein deshalb immer unwahrscheinlicher wird, weil Frankreich und weitere Länder Volksentscheide machen müssen und wollen. Po-



◆ **Elmar Brok MdEP**

lenz sagt, man gebe Ankara keine "faire Chance", Brok meint, es wäre fair gewesen, der Türkei keine falschen Hoffnungen zu machen. Und zur Lage sagt Brok, er halte die EU für überfordert, wenn sie einen Staat von der Größe der Türkei aufnehmen solle und das Land trotz beachtlicher Reformen die Standards der EU noch lange nicht erreicht habe, nicht zuletzt bei den Menschenrechten. Polenz argumentiert, die Türkei könne aus Enttäuschung dem Islamismus verfallen und Europa sogar schaden. Brok hält nicht mehr fest am CDU-



Ruprecht Polenz MdB

Begriff von der "**Privilegierten Partnerschaft**" (als Ersatz für Mitgliedschaft). Der Begriff sei "verbrannt" und habe die Türken beleidigt. Dennoch bleibt Brok bei der Unionslinie, von der Türkei eine komplette Übernahme europäischer demokratischer Strukturen zu verlangen. Soweit das "Duell" der westfälischen Freunde...

Polenz müsste sich meiner Meinung nach bald fragen lassen, ob er sich an Kräfte wie die britischen Konservativen hängen will, denen Geschäft vor z.B. Menschenrechten der Kurden geht. Beide CDU-Politiker sprachen kein Wort über die oben erwähnten Volksabstimmungen. In den Niederlanden, wo es auch mächtige Beitrittsfreunde gibt, sagen mir führende C.D.A.-Leute: "Wenn die Kommission je sagen sollte, nun sei alles für einen Türkei-Beitritt klar, gewiss erst in einigen Jahren, wird der Wille zu Volksabstimmungen noch viele weitere EU-Staaten ergriffen haben, und Frankreich wird ohnehin ablehnen. *Bitte das Gespräch im "Parlament" nachlesen, denn das Thema Türkei wird präsent bleiben.*

Europa auf Sparflamme - brennt nicht trotzdem zu viel an?

Dem Patienten EU geht es etwas besser, und schon geben Ignoranten Entwarnung

Der schweren Finanzkrise, in der sich Angst-Leitartikler auf die eigene Schulter klopfen, folgen jetzt Aufschwung-Meldungen, wie sie die Warner von gestern für undenkbar gehalten hatten. Zugleich fallen dennoch die CDU/CSU-Werte weiter, die SPD tritt auf der Stelle, die

Grünen steigen weiter, die FDP schrumpft. Und all überall fallen Taktiker in ihren gewohnten Trott zurück. Die ZEIT orakelt über "entschlosseneres" Auftreten Berlins in der EU, neue Ansätze für deutsch-französische Initiativen sind nicht sichtbar, Briten-Premier **Cameron** beschimpft alle kontinentalen Gegner eines EU-Beitritts der Türkei, Europas Umwelt-Idealisten verdrängen Präsident **Obamas** fortschreitende Niederlagen in Sachen Klimapolitik, der Afghanistan-Krieg dauert länger als die Kriege Hitlers und Friedrichs des Großen.

Und doch wurden im Juni und Juli ein paar Lichter angezündet:

► Kanzlerin **Merkel** plädierte in Berlin als Mitglied des Vorstands der Adenauer-Stiftung für mehr Europa-Information in den Planungen und bemerkte süffisant für Kenner, man solle dabei auch CDU-Abgeordnete des Bundestages und des Europäischen Parlaments zusammenführen. Darüber sind nämlich fast alle in Brüssel/Straßburg einig: Die Europa-Kompetenz der Berliner MdBs sank ständig. Man ist willig, erkennt aber nur Umrisse, kaum wichtige Details.

► In den Massenmedien und in fast allen Regionalzeitungen fehlt nach wie vor solides Europaprofil. Sie deklamieren weiter, "Brüssel" müsse "besser erklärt" werden und bieten kaum Sendezeit und Zeilen, wenn EU-Sachverhalte erklärt werden könnten. Es gibt sehr gute Ausnahmen, doch hilft dies insgesamt nicht weiter. Das Verhalten der Parteien bestätigt zu oft skeptische Journalisten, welche erleben, dass Europa in Berlin und in den Landeshauptstädten noch immer Nebenthema ist, wenn nicht unmittelbar Eigeninteressen berührt sind.

► Europäische statt nationale Energiepolitik? Die regierenden CDU und CSU haben Angst vor einer lebensnahen europäischen Energie-Debatte mit europäischen Freunden. Sie könnten solche aus Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Finnland, Polen oder Tschechien zu Seminaren einladen und über deren Ja zur Kernkraft, zu AKW-Laufzeitverlängerungen und sogar zu AKW-Neubauten kritisch befragen, halten aber an der Meinung fest, Deutsche seien für Kernkraft nicht zu gewinnen, die Medien überhaupt nicht, obschon die Zustimmung zur Laufzeitverlängerung fast 50% erreicht hat. Auf diesem Hintergrund wird es wichtig, wie jetzt die Landesregierung in Stuttgart plant und vorangeht. Ministerpräsident **Stefan Mappus** sammelt offen Gegner des Umweltministers **Norbert Röttgen** und hält Laufzeitverlängerungen von 15 Jahren - "wie in den USA" - für richtig. Er will erreichen, dass die Wähler diesen Kurswechsel lange vor seiner kritischen BW-Landtagswahl im Frühling 2011 akzeptieren. Hinter Mappus stehen immer mehr starke Wirtschaftskreise, zum Beispiel der Aluminium-Industrie. Sie wehren sich gegen pausenlose Strompreisanstiege "durch immer mehr Millionen für Solardächer, hässliche Windmühlen und sinnlose CO₂-Lager-Projekte". Worte eines Mappus-Ministers.



→ MP Stefan Mappus

► Elmar Brok, außenpolitischer Koordinator der EVP, ist mit Kollegen anderer Fraktionen dabei, eine Initiative des Europäischen Parlaments "Konsequenzen aus der Krise" zu starten. Nicht zum ersten Mal lobt er dabei die Grünen unter Daniel Cohn-Bendit als solide Mitstreiter. Das Ziel dürfte einer Mehrheit gefallen: Stärkung der Europäischen Kommission bei Konflikten mit der Finanzwelt, ebenso Stärkung der Euro-Zone unter **Jean-Claude Juncker**. Die Meinung der Kanzlerin, "alle 27" (Mitglieder der EU) seien "Wirtschaftsregierung", hatte Kopfschütteln ausgelöst, wurde dann allerdings nicht mehr wiederholt. // Brok wird Mitte August auch noch mit der Kanzlerin über mehr Europa in der Partei-Meinungsbildung der CDU reden.



Jean-Claude Juncker

► Und noch eine Sensation hinter sommerlichen Kulissen: Beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird vom Lissabon-Urteil still und vorsichtig etwas Abschied genommen. Ein Gast des Ex-Präsidenten Professor Papier: "Der sagt, dass längst zurück gerudert werde, sogar Professor di Fabio rudere mit." Warum? Ich höre als Hauptargument: "Die Verfassungsrichter haben offenbar aus der weltweiten Finanzkrise

gelernt, wie wenig es darauf ankommt, immer wieder nationale Souveränitäten zu beschwören, die es einfach nicht mehr gibt."

Weglassen als Mechanik der Diffamierung

Richard von Weizsäckers "übersehenes" Bekenntnis zur CDU und zu Angela Merkel

Die "**Evangelische Verantwortung**", Organ des "Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU" hat soeben (Nr. 7/8 -2010) unter anderem auf die Ehrung **Richard von Weizsäckers** mit der **Hermann-Ehlers-Medaille** durch den EAK im Juni zurückgeblickt. Die Dankrede des Altpräsidenten, der inzwischen 90 Jahre alt ist, war ein klares Bekenntnis zur CDU, besonders ein Herausstellen der gemeinsamen Arbeit aller Christen in der Partei als Frucht der Leiden unter den Nazis und Einsicht in die Übel der politischen Christen-Spaltung vor 1933. Dabei hatte der Geehrte keine Illusion: "Viele Christen sind nicht in der CDU - eine banale Feststellung. Es gibt auch viele CDU-Anhänger, die sich nicht bewusst sind, etwas mit dem Christentum zu tun zu haben." Gerade deshalb sei es unabdingbar, dass die Führung am alten Auftrag festhalte, und dafür sei Hermann Ehlers ein großes Vorbild. Am meisten staunte nicht nur ich über eine absolut eindeutige Weizsäcker-Schlusspassage. Der Altpräsident sagte das Folgende mit großem Nachdruck::



Richard von Weizsäcker

"... Vorbild bleibt er (Ehlers) auch heute inmitten einer Zeit die noch viele Probleme ungelöst vor sich hat. Frau Merkel hat Ihnen das, dessen bin ich sicher, gestern auch nahe gebracht. und die Kraft, die sie aufwendet, imponiert mir ganz kolossal, zumal angesichts der Schwierigkeiten, die sie von allen möglichen Seiten hat. Doch ein bisschen können wir ihr ja helfen."

Wir haben dieses **Merkel-Lob von Weizsäcker** in den "großen Zeitungen" weder lesen noch in ARD/ZDF hören oder sehen können. Viele lügen ja schon lange, Weizsäcker wolle nichts mehr mit der CDU zu tun haben, schon gar nicht mit Merkel. Dass der Altpräsident auch kritisiert - wie auch wir - wird vergoldet, sein Bekenntnis zur Kanzlerin und zu ihrer Politik wird verschwiegen. Das nenne ich **mechanisierte Diffamierung**.

Neu ist sie nicht. Zum Beispiel haben manche Merkel-Gegner in konservativ-katholischen CDU-Kreisen in aller Unschuld verbreiten können, man **wisse** leider nicht, "**wo die denn eigentlich steht**", und das konnte man, weil eine ganze Menge evangelischer biblischer Bekenntnisse und Glaubensbekundungen der Kanzlerin Angela Merkel im EAK (der sie publizierte) nie auf dem deutschen Medienmarkt ankamen. Nicht ankommen sollten?

Ich gebe die Adresse der EV der EAK an, damit die Ehrung des Altpräsidenten und seine Rede nachlesen kann, wer dies will: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Klingelhöferstraße 8, 10785 BERLIN /// e-mail: eak@cdu.de

Merkel-Feinde immer heftiger für eine Partei "rechts von der CDU"

Chefredakteur der rechtskonservativen "Jungen Freiheit" weiß, wie "es" gehen könnte

Dieter Stein war immer wütend darüber, dass es keine "echte" konservative Partei auf den Stimmzetteln gab und die CDU sich von Adenauer bis heute immer wieder expressis verbis in der politischen Mitte zu verankern suchte. Die "Junge Freiheit" jauchzte lange über den konservativen CDU-Flügel, der aber **nie** viel Einfluss hatte und seinen Frust eine Weile in "**CSU-Freundeskreisen**" ertränkte. Stein litt mit seiner Redaktionskameradschaft bis zum Mauerfall, danach hoffte er auf ein Ende der "Verbeugungen vor den Siegern von 1945". Die Krise der CDU/CSU veranlasste ihn, am 30. Juli 2010 zu titeln: "**Kommt eine neue Rechtspartei?**" Nicht zum ersten Mal griff Stein ein, war er doch einmal REP-Mitglied.



– Dieter Stein

► 20% der Wähler seien inzwischen bereit, eine solche Partei zu wählen, nicht wenige wollten sie finanziell fördern. Angriffsthemen seien klar von Zuwanderung, Islamismus, Schulen-Verfall à la Hamburg bis zur Gängelung durch "Brüssel". Die Hamburger Abstimmung er-mutigte die Stein-Clique, zu deren Förderern **Peter Scholl-Latour** und der langjährige FAZ-Star **Karl Feldmeyer** zählen. Die Kämpfer gegen Minarette von Köln, die sich gegenwärtig mit Hilfe konservativer CDU-Helfer in Berlin festsetzen, wurden z.B. in der "Jungen Freiheit" getätschelt. Und Stein schreibt immer wieder, "man" solle sich an den "normalen" rechten Parteien in EU-Europa ein Beispiel nehmen, am meisten wohl an der deutsch-treuen FPÖ.

► Nach einer ersten Hälfte optimistischer Zeilen dreht Stein seine Leitartikel-Polemik bei und warnt vor **"den Verhältnissen"**. Anders als früher (wann bitte ?) könne sich leider eine neue Rechtspartei auf kein starkes "Milieu" stützen. Er schrieb schon früher, dass man dabei an Wirtschaft, Armee, Polizei und Richterschaft denken solle. **Also müsse das nötige Milieu erst noch geschaffen werden - ähnlich wie die "Tea-Party"- Bewegung in den USA.** Die CDU-Führung habe wegen des Fehlens von rechten Bürgerinitiativen eine konservative Rechte immer verhindern können.

► Wie ernst ist Stein zu nehmen? **Ziemlich, aber ohne Aufregung.** Ein paar Fakten: Die Reichweite der "Jungen Freiheit" ist bei 18.000 verkauften Stücken sehr gestiegen, vor allem unter Studenten und im gewerblichen Mittelstand. Parallele Aktionen wie **"Die Konservativen"** mit Berliner Zentrale haben ihre Briefwerbung verfünffacht und vertreiben Broschüren, die von anonymen Reichen häufiger finanziert werden. Solche fanden sich in Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Die **Internet-Präsenz** neokonservativer Merkel-Gegner nimmt zu. Für Berlin positiv ist am Stein-Plädoyer, dass sein "Milieu" bis jetzt **keinen Führer à la Jörg Haider** vorzeigen kann, dass die Medien fast geschlossen mauern und dass die CDU-Führung stur daran festhält, dass die Partei Adenauers nicht konservativ ist, sondern Christlichsoziale, Liberale und Konservative mit einer realistischen Politik **neu** zusammenführt.

► *Problematisch wird jetzt noch eine andere Entwicklung. Seriöse Kollegen wie der neue FOCUS-Chef **Wolfram Weimer** urteilen über die Wähler **ähnlich wie Stein.** Weimer ist liberal-konservativ, sein pensionierter Vorgänger **Helmut Markwort** ist FDP-Mitglied.*

ContraSalon wird über Bestrebungen zur rechten Parteigründung noch mehr berichten.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

▣ **Bernd Posselt**, CSU-MdEP und Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, hielt bei den Paneuropa-Tagen in Heppenheim an den Idealen der 80jährigen Europa-Bewegung fest: "Ich begrüße, wenn das Bundesverfassungsgericht den Bundestag innerdeutsch stärkt, kann aber nicht akzeptieren, dass es Ziele und Methoden der europäischen Einigung dogmatisch definiert. Wir brauchen einen (europäischen) **'Bundesstaat light'** ohne Kompetenzkompetenz, aber mit handlungsfähigen föderativen Strukturen und mit einer echten europäischen Verfassung."

▣ **Willy Brandt und Helmut Schmidt**, Ex-Kanzler, wurden in einer drei Seiten langen Studie der großen polnischen Tageszeitung **"Rzeczpospolita"** beschuldigt, durch ihre Politik **"Wandel durch Annäherung" (an die Sowjetunion) den Zusammenbruch des Ostblocks verzögert** zu haben. Ein solches Urteil äußerte schon **Henry Kissinger** 1970 in Bonner Gesprächen mit CDU-Politikern. In sein Visier geriet später auch **Franz Josef Strauß** wegen seines JA zu Finanzhilfen für die DDR. Freilich ist die heutige polnische Studie wichtiger, denn sie scheint alle Polen zu bestätigen, die auch jetzt wieder zu großes Einvernehmen zwischen Berlin und Moskau fürchten. Sie finden sich sowohl im Lager von Premier **Donald Tusk** wie - stärker - bei der **Kaczynski**-Opposition.

▣ **Norbert Röttgen**, CDU-Umweltminister und möglicher Rüttgers-Nachfolger an der CDU-NRW-Spitze, macht jetzt deutlicher, dass er bald seinen Hut in den Ring werden könn-

te/möchte. Die Anhänger der ebenso möglichen Kandidaten **Armin Laschet** und **Andreas Krautscheid** finden Vorschläge, eine Mitgliederbefragung zu machen, aus unterschiedlichen Gründen "unglücklich", wenn auch Laschet "nicht dagegen" sein will. Röttgen werde nämlich, sagen selbst CDU-Gegner, "wegen seiner ständigen Fernsehpräsenz" im Vorteil sein. Deshalb planen die Röttgen-Gegner ("Der will doch nur in Berlin vorwärts") eine "Aufklärung der Basis" mit dieser "Frage an Röttgen": **"Werden Sie bereit sein, für das Amt des NRW-Ministerpräsidenten zu kandidieren, sich jetzt festlegen und bei einer Niederlage in Düsseldorf bleiben?"**

ENERGIEUMWELTWIRTSCHAFTENERGIEUMWELTWIRTSCHAFTEN

*Liebe Leserinnen und Leser, ich muss noch einmal an das Motto von ContraSalon erinnern: **Verschwiegenes ans Licht bringen, Chancen zur Gegenrede geben.** Alle folgenden Fakten stammen nicht aus diffusem "Hintergrund". Sie stammen aus Fachblättern und wenigen überregionalen deutschen Zeitungen. Sie wurden ausgewählt, weil sie in TV und Radio so gut wie nie erwähnt wurden. JW*

Am **16.06.2010** begannen die Bauarbeiten am Kernkraftwerk in Kaliningrad (früher Königsberg). **Damit wird die Lüge von Jürgen Trittin abermals widerlegt: "Einige planen, niemand baut wirklich."** Die russischen Investitionen belaufen sich z.Zt. auf 4,5 Mrd.€. // Der erste Reaktorblock soll 2016 ans Netz gehen, der zweite Block 2018. Der russische Energieüberschuss soll ins Ausland exportiert werden. Dabei wurde von MP Putin ausdrücklich Deutschland genannt, "das bekanntlich seine Kernkraftwerke verschrottet". Die baltischen Länder sind auf Putins Strom nicht aus und wollen an anderen Kernkraftplänen teilnehmen.

Das türkische Parlament hat ein Gesetz zum Bau eines Kernkraftwerkes in **Akkuyu** verabschiedet. Russland und die Türkei hatten ein Abkommen zum Bau eines KKW für knapp 16 Mrd.€ unterzeichnet. Vorgesehen ist der **gemeinsame Bau** und Betrieb des Kraftwerks.

In Spanien gibt es die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Vandellos II für weitere 10 Jahre. (1087 MW, Inbetriebnahme 1987) Vandellos II ist somit **das dritte KKW, dessen Betriebsbewilligung verlängert wurde.** Es zeigt sich klar, dass Spanien, das in Europa bis 2009 zu den stärksten KKW-Gegnern zählte, sein altes Konzept verworfen hat.

Ernüchterndes zur angeblich "denkbaren" CO₂-Abtrennung aus Kohlekraftwerken: Professor **Konrad Kleinknecht**, ausgewiesener Fachmann, höhnte (**nachts!**) im ZDF: "Für diese Entsorgung aus den Kraftwerken des Ruhrgebietes müssten **etwa 300 Güterzüge mit flüssigem CO₂ pro Tag in ein Endlager an der Nordsee transportiert werden.**" Doch die Partner Brüderle/Röttgen erzählen uns, "es" müsse alles erst noch erforscht werden. Britische Forscher haben schon früher Professor Kleinknecht zugestimmt.

Umweltminister **Röttgen** spricht sich gemeinsam mit den britischen und französischen Kollegen für ein stärkeres Klimaschutzziel bis 2020 aus: Senkung des CO₂-Ausstoßes um 30 % statt 20%. Kommentar des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, **Dr. Grossmann**: "Schon heute sind die Stromgestehungskosten in Deutschland um 40 % höher als in Indien und China - nicht zuletzt aufgrund des Emissionshandels. Wissenschaftler des anerkannten Instituts Pöyry haben festgestellt: Bleibt Europa einsamer Klimaschutzvorreiter, ist 2030 der Strom in Deutschland **allein aufgrund des Emissionshandels um 16 € /MWh teurer als in Indien und China.** Das geht voll **zu Lasten der deutschen Industrie.** Auch das Prognos-Institut hat die Folgen einer Verschärfung der Klimaschutzziele untersucht. Ergebnis: Von überproportionalen Minderungsleistungen der EU profitieren besonders Schwellenländer, allen voran China. Eine **Verlagerung von Produktion und Emissionen in diese Länder wäre die Konsequenz.** Deutschland würde zu den Staaten gehören, die am stärksten negativ betroffen wären."

Fatales im fernsehbekannten **Windpark Alpha Ventus** (bei Borkum) : die 12 Windräder einschließlich Netzanschluss haben 250 Mill. € gekostet, **60 Mill. € mehr als ursprünglich geplant. Durch die Schäden an den Getrieben (infolge überhasteter Planung?)** steigen die Kosten noch weiter an; **6 Windräder sind bereits ausgefallen.**

Bei der Wetterlage im Juli 2010 konnten die Windräder in Deutschland nur wenig Strom liefern. **Von 26.000 MW Windkraftleistung standen ganze 4% zur Verfügung.** Unseren Strombedarf haben stattdessen die **Kohle- und Kernkraftwerke zuverlässig** gedeckt. Diese Tatsache erscheine aber nicht in den Schlagzeilen unserer Sender, sagte die FAZ am 20.07.10.

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) mit seiner **Dauersubvention von regenerativen Energieanlagen hat dafür gesorgt, dass China den deutschen Herstellern von Solaranlagen den Rang abgelaufen hat:** Deutschland hat im vergangenen Jahr für 146 Mill. € Solarzellen nach China geliefert. Dem standen Importe für 2,5 Mrd. € gegenüber. Fachleute bestätigen, dass die chinesischen Produkte qualitativ hochwertig sind. Die Bonner Firma SOLARWELT, die vom Steuergeld-Strom in Solaranlagen profitiert, meldete jetzt neue Rekordgewinne, weil Bürger "schnell die beendeten Vorteile beim Finanzamt kassieren wollten".

Solarstrom-Produzenten verkünden, sie würden **"Massen" von Arbeitsplätzen** schaffen. Ein Blick in **eine nicht vom Steuerzahler gefütterte** Welt: **Chemieparks sind nach Ansicht der Bundesregierung** ein erfolgreiches und zukunftssträchtiges Geschäftsmodell. Derzeit arbeiten über **240.000** Menschen in neuen deutschen Chemieparks.. Das sind 60 % der Chemie-Beschäftigten in Deutschland, heißt es. Über 900 Unternehmen der verschiedensten Branchen hätten sich in Chemieparks niedergelassen.



MEDIEN

Aus polnischen Zeitungen der letzten Wochen

- ◇ Zur Senkung des Haushaltsdefizits und trotz herannahender Regionalwahlen wird die MWSt von 22 auf 23% erhöht.
- ◇ Die neu auftretenden deutsch-polnischen Differenzen in Sachen Ostsee-Pipeline sollen im Herbst "erledigt" sein. Meint Verkehrsminister **Ramsauer**, CSU. Aber es wird gestritten darüber, ob die Pipeline zur Entlastung der Schiffe-Einfahrt nach Swinemünde 16 Meter oder noch tiefer eingegraben werden soll. Deutsche Ämter, schimpfen Zeitungen in Pommern, zeigten "noch immer wenig Verständnis".
- ◇ Wären jetzt Sejm-Wahlen, so käme die PO auf 49% (gegen 44 im Juni), die PiS auf 37% (gegen 40% nach dem Smolensk-Unglück), die SLD auf 9% gegen 11 im Juni. Präsident **Komorowski** hat 66% Zustimmung, SLD-Chef **Napieralski** 62%, **Donald Tusk** 58%. Schlusslicht der Umfragen: PiS.Chef **Jaroslaw Kaczynski**, der als Wahlkämpfer in seine verleumderischen Reden zurückfällt und aus seiner Parteiführung alle Kritiker verdrängt hat.
- ◇ **Aleksander Smolar**, Chef der Batory-Stiftung, griff in der Presse die Außenpolitik des toten Präsidenten Lech Kaczynski an. Er sei unfähig gewesen, die neue Weltlage zu begreifen und habe sich "naiv" auf die USA verlassen.

Jürgen Wahl Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de
SPENDEN bitte auf Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805

